



Die Menschen werden immer älter und das Missverhältnis zwischen Pensionären und Aktiven immer grösser. CH. RUCKSTUHL / NZZ

Die harte Nuss Altersvorsorge

AHV-Defizite und Umverteilung in der zweiten Säule rufen nach Korrekturen

WERNER ENZ

Bald liegen sich in der Frühjahrssession die Stände- und Nationalräte in den Haaren, denn es geht darum, aus dem von Sozialminister Alain Berset aufgleisten Projekt «Altersvorsorge 2020» einen tragfähigen Kompromiss zu zimmern. Wird das Fuder überladen oder das Ganze nicht so austariert, dass alle ungefähr gleich unzufrieden sind, droht wohl im Referendum ein Absturz wie bei der Unternehmenssteuerreform. In diesem Zusammenhang kann es nicht schaden, mithilfe von Professor Martin Eling vom St. Galler Institut für Versicherungswirtschaft die wirtschaftliche Faktenlage in Erinnerung zu rufen.

AHV-Reform nach 20 Jahren

Auf die Kurzformel gebracht: Ohne Korrekturen wird, das ist der erste Punkt, der AHV-Ausgleichsfonds in rund 15 Jahren ganz geplündert sein. Zweitens werden die zurzeit konservativ auf jährlich 4 Mrd. Fr. geschätzten Umverteilungen in der zweiten Säule sich vermutlich verschärfen, was die Substanz zulasten nachrückender Generationen umso stärker aushöhlen wird. Eling weist darauf hin, dass Prognosen zum AHV-Finanzsaldo mit relativ geringer Unsicherheit behaftet seien, denn die Demografie sei gesetzt; man kennt die Zahl der Anspruchsberechtigten und ihr Rücktrittsalter recht genau. Die Babyboomer (Jahrgänge 1950 bis zum Pilleknick 1969) werden das in den Jahren 2014 und 2015 mit 320 Mio. bzw. 579 Mio. Fr. noch geringe Defizit stark anwachsen lassen (vgl. Infografik).

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat in seinem Szenario nach den Worten Elings das Lohnwachstum mit 1,9% (ab 2021) eher hoch

gesetzt; der positive Wanderungssaldo sei mit 60 000 (dann fallend auf 30 000) ebenfalls hoch veranschlagt, denn in Extrapolationen von Daten des Bundesamts für Statistik seien die Effekte aus der Einwanderungsinitiative unzureichend berücksichtigt. Ob das Wirtschaftswachstum und die Immigration etwas höher oder niedriger ausfallen werden, ändert fundamental nichts daran, dass gegen Ende des kommenden Jahrzehnts die AHV ohne Reform hochdefizitär sein wird. Die politisch wenig bestrittene Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre bringt Linderung. Gewiss gehört zur Pragmatik, in der jetzt anstehenden Reform – die erste seit der 10. AHV-Revision 1997 – nicht gleich noch eine Schuldenbremse oder das Rentenalter 67 hineinzupacken. Damit wäre der Bogen überspannt.

Viele EU-Länder (u. a. Deutschland, Spanien, Frankreich, Belgien) kennen schon das Rentenalter 67; Griechenland, aber auch Grossbritannien oder Italien liegen noch höher. Bei einem länderweisen Vergleich ist zu berücksichtigen, dass stark auf das Umlageverfahren (wie die AHV) setzende Länder rascher unter Zugzwang geraten sind als solche mit gut ausgebauten Pensionskassen.

Raubbau an der zweiten Säule

Nicht nur eine der laufenden demografischen Entwicklung Rechnung tragende AHV-Reform ist in der Schweiz verschlafen worden. Auch hinsichtlich der zweiten Säule hat man seit der Teilrevision im Jahr 2004 den Kopf in den Sand gesteckt. Eling rechnet vor, beim heutigen Zinsniveau führe der gesetzlich vorgeschriebene Umwandlungssatz von 6,8% dazu, dass das über Jahrzehnte geöffnete Alterskapital nach 15 Jahren aufgebraucht sei. Weil Frauen zurzeit

beim Renteneintritt eine Lebenserwartung von 23 Jahren und Männer eine solche von 20 haben, ist die Rechnung schnell gemacht. Es werden laufend übersetzte Renten gesprochen – und das geht in die Milliarden. Die UBS schätzt die Umverteilung inzwischen auf 6 bis 8 Mrd. Fr. im Jahr. Eling betont, hierbei handle es nicht um Prognosen, sondern um jetzt stattfindende Umverteilungen.

Es gibt auch Hoffnung

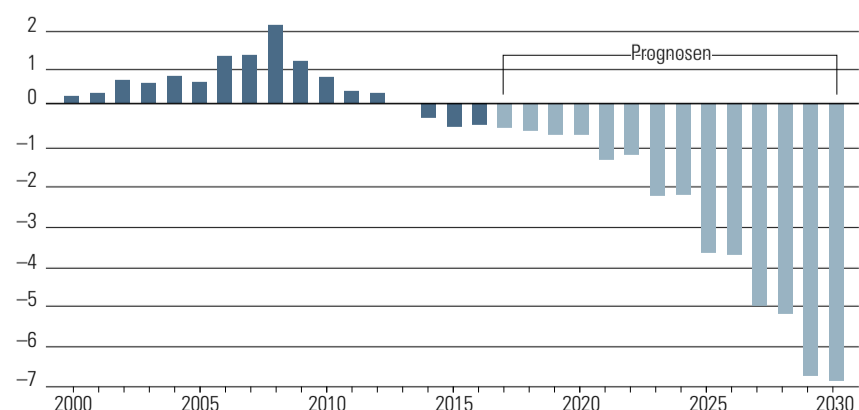
Es ist überfällig, den Mindest-Renten-Umwandlungssatz auf 6,0% zu senken, was inzwischen auch linke Politiker anerkennen – jedoch mit dem Nachsatz, es müsse eine Kompensation zum Erhalt des Leistungsniveaus erfolgen. Letzteres verspricht die Berset-Vorlage hoch und heilig. Man kann die Rechnung aber auch auf den Kopf stellen: Unter Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung wäre jährlich eine Anlagerendite von 4,9% auf den in der zweiten Säule ruhenden Geldern nötig, um mit einem Umwandlungssatz von 6,8% das Ganze im Lot halten zu können.

Welcher Renten-Umwandlungssatz ist denn angemessen? Eling will sich diesbezüglich nicht auf die Äste hinauslassen. Prognosen zur Ergiebigkeit der Kapitalmärkte in der nahen und fernen Zukunft seien mit deutlich grösserer Unsicherheit behaftet als etwa Schätzungen zur demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Mit Blick auf die hartnäckig niedrigen Zinsen hält er eine Vorgabe von vielleicht 2,5% Jahreszins für recht sportlich. In der Praxis kalkulieren inzwischen viele Pensionskassen mit einem «technischen Zins» von 2,5% oder weniger; wenn aber über die Jahre nicht höhere Anlagerenditen erwirtschaftet werden, und das an die AHV gekoppelte BVG-Rentenalter mit 65 Jahren fix ist, führt an einer Senkung des Umwandlungssatzes auf 5% und darunter kein Weg vorbei.

Was in den komplizierten Berechnungen der National- und Ständeräte über Kompensationen aber regelmässig untergeht, ist die langfristig mit BVG-Geldern tatsächlich zu erwirtschaftende Anlagerendite. Mit einem gut diversifizierten Portfolio waren in den vergangenen fünfzehn Jahren Anlagerenditen von 3% und mehr (aber nicht 4,9%) möglich. Bezogen auf den Kapitalstock von rund gerechnet 1000 Mrd. Fr., entspricht 1% immerhin 10 Mrd. Fr. Gelänge es, gesetzliche Vorgaben zum Renten-Umwandlungssatz und BVG-Mindestzins der Wirklichkeit ein Stück anzunähern, wäre viel gewonnen. Fatal wäre es jedoch, die «Altersvorsorge 2020» scheitern zu lassen.

Die AHV gerät in Schiefelage

Das Umlageergebnis, in Mrd. Fr.



QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

NZZ-Infografik/lvg.

Das Roaming ist ein Image-Killer

Unbequeme Voten am Mobile World Congress

JÜRIG MÜLLER, BARCELONA

Sunil Mittal ist nicht einfach irgendein Konzernchef irgendeiner Telekomfirma. Mittal hat den indischen Grosskonzern Bharti Enterprises gegründet und es so zu einem der reichsten Inder geschafft. Kronjuwel in dem Firmenkonstrukt ist Bharti Airtel, eines der grössten Telekomunternehmen der Welt mit über 350 Mio. Kunden. Seit vergangenem Jahr steht Mittal dem weltweiten Telekomverband GSMA vor, der den alljährlichen Mobile World Congress organisiert – und seit Montag steht er auf Kriegsfuss mit dem Roaming.

Keine Preis-Schocks mehr

In seiner Ansprache in Barcelona ging Mittal auf die öffentliche Wahrnehmung der Telekombranche ein. Um die Reputation steht es wahrlich nicht zum Besten. «Wir bewegen uns nur etwas über dem Niveau der Tabakindustrie», sagte er. Laut Mittal schalten über die Hälfte aller Mobilfunknutzer aus Industrienationen die Datennutzung im Ausland ab; bei Kunden aus Entwicklungsländern sollen es sogar rund 90% sein. «Was haben wir unserer Branche bloss angetan?», fragte er, um dann zu erklären, dass es unter seiner Ägide bei GSMA keine Roaming-Preisschocks mehr geben werde. «Ich erkläre dem Roaming den Krieg», sagte Mittal und erntete dafür Applaus vom Publikum.

Seine Pläne dürften nicht nur Freude bereiten. Die Einnahmen aus dem Roaming werden gerne verbucht, denn die goldenen Zeiten der Telekombranche sind längst vorbei. Mittal ist sich dessen sehr wohl bewusst. In seiner Präsentation zeigt er nämlich auch auf, dass die Nutzerzahlen weltweit zwar noch mit 7% wachsen und die Datennutzung sogar mit 18%, aber die Erlöse halten nicht mit. Sie steigen nur noch um magere 3%. Sowohl der Gewinn als auch die Marktkapitalisierung der Telekomfirmen stagnieren. Das ist umso problematischer, als die Investitionen unvermindert hoch sind. Weltweit werden pro Jahr rund 200 Mrd. \$ investiert – exklusive der Zahlungen an die Regierungen für teure Frequenzen.

Investitionen bleiben hoch

Die Telekomfirmen dürften ihre Investitionen nicht so bald zurückfahren können. In gut drei Jahren soll der nächste Mobilfunkstandard 5G auf den Markt kommen. Es ist – wie bereits in früheren Jahren – eines der heiss debattierten Themen am Mobile World Congress. Dass dabei viel Rummel veranstaltet und gleichzeitig wenig Substanz geboten wird, ist selbst den Organisatoren des Kongresses bewusst. So benannten sie eine Paneldiskussion prompt «5G: Beyond the Hype».

Auch wenn 5G ein schwammiges Konzept bleibt, eines Tages werden die Telekomfirmen viel Geld für den neuen Mobilfunkstandard in die Hand nehmen müssen. Sie werden zudem in den kommenden Jahren bei den Investitionen kaum sparen können. Beinahe ebenso intensiv diskutiert wie 5G werden nämlich die anstehenden Aufrüstungen des gegenwärtigen Mobilfunkstandards LTE.

Die Netzwerkausrüster Ericsson, Nokia und Huawei werden nicht müde zu betonen, wie wichtig Investitionen in die LTE-Technologie seien – das darf nicht erstaunen, verdienen doch diese Firmen ihr Geld mit dem Ausbau und Unterhalt der Telekommunetz. Allerdings leuchtet es durchaus ein, dass die Netzarchitektur bereits heute in Richtung des nächsten Standards angepasst werden sollte; für den neuen Ericsson-Chef Börje Ekholm muss LTE eine Brücke zu 5G bilden. Ekholm vertrat in Barcelona zum ersten Mal das schwedische Traditionsunternehmen; er wirkte dabei etwas steifer als sein Vorgänger Hans Vestberg, der im Sommer des vergangenen Jahres entlassen worden war und Ekholm ein unaufgeräumtes Haus hinterliess.

Unwillig ins Gefecht

Mit permanent hohen Ausgaben für die Netze und stagnierenden Erlösen bleibt den Telekomfirmen nur eines übrig: Sie müssen sparen. In der Schweiz steht selbst der Platzhirsch Swisscom seit vergangenem Jahr auf der Kostenbremse; die Konkurrenten Sunrise, Salt und UPC drehen schon länger jeden Franken zweimal um.

Potenzial zum Sparen gibt es wohl weiterhin. Die Telekomfirmen sind zwar Treiber der Digitalisierung, im eigenen Haus gibt es dabei aber oft noch Luft nach oben. «Wir sind nicht digital auf die Welt gekommen», vernahm man von José María Álvarez-Pallete, Chef des Telekomkonzerns Telefónica. Das Unternehmen soll bald die analogen Bürden der Vergangenheit loswerden. Álvarez-Pallete will die Prozesse im eigenen Unternehmen digitalisieren und alte Systeme abschalten. Kosteneinsparungen erhofft er sich auch vom Einsatz künstlicher Intelligenz beim Verwalten des Netzes – was vorderhand aber wieder höhere Investitionen bedeuten wird.

Während in Barcelona Geräte und Visionen schrill und grell angepriesen werden, stehen die klassischen Telekomfirmen jeweils etwas abseits. Von dort blicken sie zunehmend schwermütig auf die guten alten Zeiten zurück. Das Geschäft ist härter geworden, die Kriegserklärung von Mittal kommt ungelegen. Der Selfmademan hat zwar Recht mit seiner Einschätzung der öffentlichen Wahrnehmung des Roaming, aber er wird wohl trotzdem auf den Widerstand einiger seiner Kollegen stossen.

ANZEIGE

LANDGERICHT VON TRIENT

Abteilung für Zivil- und Konkursachen
Fallimento Aeroterminale Venezia S.p.a. in Liquidation Nr. 17/2009

Giudice delegato: Frau Dr. Monica Maria Attanasio
Curatore fallimentare: Herr Prof. Dr. Luca Mandrioli

BEKANNTMACHUNG ÜBER WETTBEWERBSVERFAHREN FÜR DEN VERKAUF VON AKTIENPAKETEN DER GESELLSCHAFTEN VALLI DI SOLE, PEIO E RABBI S.P.A. IN LIQUIDATION UND FUNIVIE FOLGARIDA MARILLEVA S.P.A.

Der Konkurs von Aeroterminale Venezia S.p.a. in Liquidation gibt die Einleitung eines Wettbewerbsverfahrens gemäss Art. 107 legge fallimentare mit dem Zweck des Verkaufs eines einzigen Loses, bestehend aus i) 3 621 925 Stück Stammaktien der Gesellschaften Valli di Sole, Peio e Rabbi S.p.a. in Liquidation, ii) 916 811 Stück Stammaktien der Gesellschaft Funivie Folgarida Marilleva S.p.a. sowie iii) 437 800 Stück Vorzugsaktien der Gesellschaft Funivie Folgarida Marilleva S.p.a.

Um das zum Verkauf stehende Los besser zu bestimmen und Einsicht in die Ausschreibung zu nehmen, wird gebeten, sich an das Büro des Curatore fallimentare (Tel. +39 059 776 925, E-Mail Pec: f17.2009trento@pecfallimenti.it, Internetseite: www.astestudiomandrioli.it) zu wenden.